



II-794 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

DIE BUNDESMINISTERIN
für Umwelt, Jugend und Familie
DR. MARILIES FLEMMING

2. 70 0502/6 - P.2191

12. Februar 1991

A-1031 WIEN, DEN.....
RADETSKYSTRASSE 2
TELEFON (0222) 711 58

An den
Herrn Präsidenten
des Nationalrates

Parlament
1017 Wien

219 IAB
1991-02-18
zu 234 IJ

Auf die Anfrage Nr. 234/J der Abgeordneten Dr. Gugerbauer und Mag. Haupt vom 20. Dezember 1990 betreffend geplante Mülldeponie im Bezirk Schärding beehre ich mich, folgendes mitzuteilen:

ad 1 bis 4:

Nach den mir vorliegenden Informationen existieren keine konkreten Planungen für eine Deponie in Schärding. Vom Amt der Oberösterreichischen Landesregierung wurde mitgeteilt, daß lediglich Zivilingenieure für Wasserwirtschaft und für Geologie mit einer flächendeckenden Untersuchung des Innviertels beauftragt wurden, um geeignete Deponiestandorte zu ermitteln. Erst nach Abschluß dieses Auftrages können Vorarbeiten für die Schaffung neuer Deponien in den Bezirken des Innviertels begonnen werden.

In diesem Zusammenhang möchte ich jedoch grundsätzlich auf die von meinem Ressort gemeinsam mit dem Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft herausgegebenen "Richtlinien für Mülldeponien" verweisen, in denen unter anderem klare Anforderungen an die Planung, die Errichtung und den Betrieb von Hausmülldeponien festgelegt sind.

- 2 -

Darin sind Maßnahmen zur langfristigen Sickerwasserminimierung erst dann vorgesehen, wenn die Abbauvorgänge soweit fortgeschritten sind, daß es zu keiner Deponiegasbildung mehr kommt. Vorher ist eine bestimmte Höhe des Wassergehaltes des Mülls zur Aufrechterhaltung der gewünschten Abbaureaktionen sogar wünschenswert, zu ihrer Unterstützung kann auch eine Sickerwasserkreislaufführung durchgeführt werden.

Die Minimierungsmaßnahmen sind danach zu unterscheiden, ob es sich um bereits fertig geschüttete Teilbereiche handelt oder um solche, die noch nicht geschüttet sind. Bei letzteren soll die Minimierung des Sickerwassers etwa durch entsprechende Windexposition, Ausbildung der Böschungen, Aufbau der Abdeckschicht und durch die Wahl der entsprechenden Vegetationsform erfolgen.

Entgasungsmaßnahmen sollen so früh als möglich, vorzugsweise bereits während des Betriebes, einsetzen. Dabei ist sowohl eine passive als auch eine aktive Entgasung möglich. Bei der passiven Entgasung entweicht das Gas aus dem Deponiekörper durch den Eigendruck; bei der aktiven Entgasung wird das Gas durch geeignete Fördereinrichtungen aus dem Deponiekörper abgesaugt.

Auch hinsichtlich einer Eingangskontrolle sowie einer Erklärung des Abfallanlieferers über die Abfallart bzw. -zusammensetzung finden sich konkrete Regelungen in den "Richtlinien für Mülldeponien".

ad 5:

Nach Auskunft der Oberösterreichischen Landesregierung ist geplant, die Bevölkerung bei einer künftigen Standortfestlegung in breitem Rahmen einzubinden. Weiters soll im Zuge der Erstellung des Abfallwirtschaftskonzeptes, die bis Mitte 1991 abgeschlossen sein soll, eine Diskussionsphase unter Einbeziehung interessierter Bevölkerungsgruppen stattfinden.

- 3 -

Dabei handelt es sich jedoch durchwegs um den Vollzugsbereich des Oberösterreichischen Abfallwirtschaftsgesetzes.

ad 6:

Seitens des Amtes der Oberösterreichischen Landesregierung wurde ausgeführt, daß die Gemeinden des Bezirkes Schärding im Dezember 1990 einen Abfallverband gegründet haben. Dieser Verband hat sich als erste Aufgabe die Ausarbeitung eines Abfallwirtschaftskonzeptes für den Bezirk Schärding mit dem Ziel einer optimalen Abfallvermeidung und -verwertung gesetzt.

ad 7:

Im Bezirk Schärding bestehen vier Altstoffsammelzentren, ein weiteres ist in Vorbereitung. In allen Gemeinden gibt es Papier- und Glascontainer. Weiters laufen in fast allen Gemeinden Aktionen zur Förderung der Kleinkompostierung.

